

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Stadtjugendring Siegen e. V. die Trägerschaft über die offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Bertramsplatz“ nach Fertigstellung der erforderlichen Umbauarbeiten zu übertragen und dazu die erforderlichen Verträge

- Leistungsvertrag
- Personalgestellungsvertrag
- Leihvertrag über das Gebäude

abzuschließen.

Als Erstausrüstung für den Beginn des Betriebes wird als Obergrenze die Personal- und Sachkostenausstattung der städt. Kinder- und Jugendeinrichtungen „Haus der Jugend“ (bereinigt um die damaligen Mietaufwendungen HDJ) und „Altenhof“ mit Stand vom 31. Dezember 1999 zugrunde gelegt (siehe Einsparstelle). Eine Eigenbeteiligung des Stadtjugendrings in Höhe von mindestens 10 % der Personal- und Sachkosten der Einrichtung ist vorzusehen.

Der Leistungsvertrag ist zunächst auf 3 Jahre – nach Aufnahme des Betriebs – befristet.

Der vorstehende Beschlussvorschlag wird unter folgenden 4 Vorbehalten gefasst:

Vorbehalt 1:

Die folgenden redaktionellen Anmerkungen werden in das gesamte Vertragswerk integriert:

- § 5 Abs. 2 Satz 1 des Leistungsvertrages wird wie folgt ergänzt: „... ist berechtigt, die vertragsbezogenen Geschäftsunterlagen des Zweckbetriebes zu prüfen.“.
- Der letzte Satz aus § 4 Abs. 6 des Leihvertrages wird gestrichen.
- § 4 Abs. 2 Satz 3 des Leistungsvertrages wird dahingehend erweitert, dass neben der Stadt Siegen auch dem Träger der Einrichtung das Recht zugestanden wird, einen Workshop einzuberufen.
- In der Aufzählung der Beteiligten in § 4 Abs. 2 ist additiv das Rechnungsprüfungsamt zu berücksichtigen.

Vorbehalt 2:

In das Vertragswerk ist ein Passus aufzunehmen, der eindeutig festlegt, dass künftig die personelle Fachaufsicht dem Stadtjugendring obliegen soll.

Vorbehalt 3:

Die Verwaltung hat sicherzustellen, dass bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Einrichtung dem Träger die Möglichkeit gegeben wird, in eigener Zuständigkeit zumindest die künftige Leitungsstelle zu besetzen.

Vorbehalt 4:

Im Vertragswerk ist zu regeln, dass für den Fall des Ausscheidens von städtischem Personal aus der Einrichtung dem Träger schon während der 3-jährigen Vertragszeit die Möglichkeit zugebilligt wird, die entsprechende/n Stelle/n neu zu besetzen. Nach Ablauf dieser Zeit ist ein kompletter Übergang der Personalhoheit auf den Träger sicherzustellen.

Sollten die vorstehenden Vorbehalte bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.01.2003 nicht in das Vertragswerk eingearbeitet werden können, so ist der Jugendhilfeausschuss erneut zu beteiligen.